

CH_VB 95.3273 vom 6. Oktober 1995

Bundesverwaltung, 1995-10-06, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/ch_vb_95.3273

FR: CH_VB 95.3273 du 6 octobre 1995

IT: CH_VB 95.3273 del 6 ottobre 1995

Volltext

Interpellation Fritschi Oscar 2228 N 6 octobre 1995 3. La regolamentazione secondo cui devono essere presi in considerazione i valori medi del mese di dicembre ha lo scopo di stabilire corsi di borsa determinanti per la tassazione della sostanza che non si fondino sulla casualità del giorno di riferimento. I valori del giorno di riferimento fornirebbero anche per la tassazione basi meno rappresentative dei valori medi, com'è prescritto per i valori fiscali. 4. Anche se è vero che le liste con i corsi fiscali appaiono ogni anno verso la fine di gennaio, le banche non dovrebbero tuttavia essere impediti di redigere e di distribuire già prima ai clienti l'elenco dei titoli con i corsi che si fondano sui valori medi del mese di dicembre. Infatti, le banche ricevono i dati necessari dalla Telekurs SA già nei primi giorni di gennaio. Di conseguenza anche esse dovrebbero essere in grado di utilizzare immediatamente i corsi fiscali e contribuire così, in molti casi, a ridurre i costi che attualmente fatturano ai loro clienti. 5. La legge federale sull'armonizzazione delle imposte dirette dei Cantoni e dei Comuni, approvata dalle Camere federali il 14 dicembre 1990, è entrata in vigore solamente il 1° gennaio 1993. Prima di procedere a revisioni di singoli punti è quindi opportuno raccogliere esperienze pratiche con questa legge. Una revisione della disposizione in questione dovrebbe essere avviata qualora corrispondesse ad un vero desiderio dei contribuenti e dei Cantoni. In questo caso la stessa revisione dovrebbe essere operata anche nelle legislazioni tributarie cantonali. Erklärung des Interpellanten: nicht befriedigt Déclaration de l'interpellateur: non satisfait #ST# 95.3273 Interpellation Fritschi Oscar Tessiner Südgrenze und Drogenszene in Zürich Frontière sud du Tessin et scène de la drogue à Zurich Wortlaut der Interpellation vom 19. Juni 1995 Nach einer Statistik der Zürcher Kantonspolizei kamen im letzten halben Jahr beinahe vier Fünftel der in Zürich im Rahmen von Aktionen zur Auflösung der offenen Drogenszene festgenommenen illegal anwesenden Ausländer über die Tessiner Südgrenze in unser Land. Gemäss einem Beschluss vom 22. März 1995 hat der Regierungsrat des Kantons Zürich deshalb ein Schreiben an den Bundesrat gerichtet, in welchem das Begehren gestellt wird, die Kontrollen an den Landesgrenzen zu verstärken, vorab an der Südgrenze. Ich frage den Bundesrat an: 1. Hat der Bundesrat das Schreiben des Regierungsrates des Kantons Zürich zur Kenntnis genommen? - Hält er das gestellte Begehren für berechtigt? - Wenn ja, welche Massnahmen hat er ergriffen? 2. Plant der Bundesrat im besonderen eine Verstärkung des Grenzwachtkorps an der Tessiner Grenze zur Kontrolle der Strasse und der grünen Grenze? Respektive: - Hält er die Anforderung von interkantonaler Polizeihilfe durch den Kanton Tessin zur Kontrolle der Bahn für wünschenswert? - Oder: Sieht er vor, das Grenzwachtkorps oder die Tessiner Polizei durch die Anordnung von Assistenzdienst mit Formationen der Armee zu verstärken? Texte de l'interpellation du 19 juin 1995 Le semestre dernier, d'après des statistiques effectuées par la police cantonale zurichoise, près des quatre cinquièmes des étrangers en situation illégale arrêtés à Zurich dans le cadre des opérations lancées en vue d'éliminer la scène ouverte de la drogue sont entrés dans notre

pays par la frontière tessinoise. Conformément à sa décision du 22 mars 1995, le Conseil d'Etat du canton de Zurich a de ce fait adressé au Conseil fédéral une lettre demandant que les contrôles aux frontières suisses soient renforcés, notamment à la frontière sud. Je pose donc les questions suivantes au Conseil fédéral: 1. Le Conseil fédéral a-t-il pris connaissance de la lettre du Conseil d'Etat du canton de Zurich? - Estime-t-il que la demande qui y est formulée est justifiée? - Dans l'affirmative, quelles mesures a-t-il prises? 2. Le Conseil fédéral entend-il notamment renforcer le corps des gardes-frontière à la frontière tessinoise pour assurer le contrôle de la route et de la frontière verte? - La demande d'entraide policière intercantonale faite par le canton du Tessin en vue d'assurer le contrôle dans les trains lui paraît-elle bienvenue? - Prévoit-il de renforcer le corps des gardes-frontière ou la police tessinoise par des formations de l'armée en faisant appel au service d'appui? Mitunterzeichner - Cosignataires: Allenspach, Binder, Bischof, Blocher, Bortoluzzi, Cincera, Dünki, Fehr, Fischer-Seengen, Frey Walter, Heberlein, Kern, Leuenberger Moritz, Maurer, Meier Hans, Nabholz, Neuenschwander, Seiler Rolf, Sieber, Spoerry, Steffen, Vetterli (22) Schriftliche Begründung - Développement par écrit Die Verhinderung der Neubildung einer offenen Drogen-szene in der Stadt Zürich oder im übrigen Gebiet des Kantons Zürich hat zur Voraussetzung, dass der Zustrom illegal einreisender Ausländer wirksam abgebremst werden kann. Andernfalls werden die zur Verfügung stehenden Haftplätze über Gebühr belegt, und es kommt zu unverhältnismässig langen Haftdauern. Zu diesem Zweck sind insbesondere die Kontrollen an unserer südlichen Landesgrenze zu verstärken. Denn nach einer Statistik der Zürcher Kantonspolizei hat sie im letzten halben Jahr (1. November 1994 bis 20. Mai 1995) in Zürich 426 Ausländer festgenommen, die illegal die schweizerische Grenze überschritten haben, wobei die Befragung ergab, dass nicht weniger als 78 Prozent über die Tessiner Südgrenze in unser Land gelangten. Zwei Drittel reisten dabei mit der Bahn ein, ein Drittel kam auf anderen Landwegen - mit dem Auto oder zu Fuss - zu uns. Die Unterscheidung ist insofern von Bedeutung, als die Grenzpolizei auf Bahnhöfen den Kantonen obliegt. Der Regierungsrat des Kantons Zürich hat sich in dieser Angelegenheit schon zweimal an den Bundesrat gewandt: im September 1994 durch ein Schreiben seiner Präsidentin, im März 1995 durch ein Schreiben aufgrund eines formellen Regierungsratsbeschlusses. Eine Reaktion ist bisher ausgeblieben. Ein Laissez-faire durch den Bundesrat angesichts dieser offenkundigen Missstände wäre aber nicht nur im Hinblick auf die Drogenprobleme in Zürich bedauerlich. Vielmehr könnten unsere nördlichen und westlichen Nachbarn gezwungen sein, die im Schengener Abkommen als Ausgleich zum Wegfall der internen Grenzkontrollen vorgesehenen äusseren Kontrollen gegenüber der Schweiz zu verschärfen, was nicht in unserem Interesse liegen kann. Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 30. August 1995 Rapport écrit du Conseil fédéral du 30 août 1995 Auf das Schreiben der Präsidentin des Regierungsrates des Kantons Zürich vom September 1994 hat der Bundesrat am 3. Oktober 1994 eine umfangreiche schriftliche Antwort gegeben. Vom Schreiben des Regierungsrates des Kantons Zürich vom 22. März 1995 hat der Bundesrat durch seine Drogen-delegation Kenntnis genommen. Die vielfältigen Anliegen der zürcherischen Behörden wurden mündlich beantwortet. Sie

6. Oktober 1995 N 2229 Interpellation Gobet bildeten Gegenstand einer gemeinsamen Aussprache zwischen den Drogendelegationen von Bund, Kanton und Stadt Zürich, die am 16. Mai 1995 unter dem Vorsitz von Frau Bundesrätin Dreifuss und in Anwesenheit von Herrn Bundespräsident Villiger sowie Herrn Bundesrat Koller in Bern stattfand. Hinsichtlich des Wunsches nach verbesserten Grenzkontrollen, namentlich an der

Südgrenze, kann folgendes festgehalten werden: Lückenlose Grenzkontrollen sind praktisch nur auf den internationalen Flughäfen möglich. Die Personenkontrolle an den Grenzübergängen im Strassenverkehr wird dagegen durch das Grenzwachtkorps im Rahmen des gesetzlichen Auftrags stichprobenweise nach den tatsächlichen Risiken ausgerichtet. Beim heutigen Verkehrsaufkommen mit jährlich etwa 95 Millionen Fahrzeugen und 195 Millionen Personen allein bei der Einreise in die Schweiz können systematische und umfassende Grenzkontrollen nur im Bereich zeitlich limitierter Fahndungsaktionen stattfinden. Dem legitimen Anspruch des Bürgers auf öffentliche Sicherheit und Ordnung steht die Akzeptanz von Grenzkontrollen bei langen Wartezeiten gegenüber. Auch im internationalen Eisenbahnverkehr beschränken sich die Kontrollen durch die zuständigen kantonalen Polizeikorps auf gezielte Stichproben. Die Überwachung der grünen Grenze konzentriert sich auf das Schlüsselgelände, wo vor allem illegale Einreisen zu Fuss oder motorisiert möglich sind. Sie erfolgt mobil und in die Tiefe gestaffelt. Eine flächendeckende, lückenlose Überwachung wäre auch mit einer massiven Aufstockung der Personalbestände im Grenzwachtkorps nicht möglich. Der Bundesrat hat grosses Verständnis für das Anliegen der Zürcher Regierung. Er ist der Auffassung, dass der Vollzug der Grenzkontrollen, der gemäss Bundesverfassung Aufgabe der Grenzkantone ist, im Interesse des ganzen Landes liegt. Er hat deshalb die zuständigen Stellen beauftragt, Möglichkeiten zur Verstärkung der Kontrollen an der Südgrenze zu prüfen. Diese haben gemeinsam mit Vertretern der Kantone Zürich und Tessin die Situation analysiert. Was die Südgrenze anbelangt, wird die in der Begründung der Interpellation dargestellte Lage gleich beurteilt. Das Grenzwachtkorps wurde deshalb bereits vor einiger Zeit im Mendrisiotto durch interne Personalverschiebungen verstärkt. Zudem werden in Chiasso Videokameras zur Überwachung neuralgischer Geländepunkte eingesetzt. Die Eidgenössische Zollverwaltung strebt eine weitere Effizienzsteigerung durch neue Einsatzverfahren und durch die Beschaffung zusätzlicher technischer Mittel an. Ein Gesuch des Kantons Tessin um interkantonale Polizeihilfe zur verstärkten Kontrolle der Einreisenden im Bahnverkehr an der Tessiner Südgrenze liegt nicht vor. Sollte ein Gesuch gestellt werden, müsste der Bundesrat seine Begründetheit prüfen. Dabei wäre auch zu berücksichtigen, dass eine Verstärkung der Kontrolle an der Tessiner Südgrenze nicht nur im Interesse des Kantons Tessin, sondern auch im Interesse anderer Kantone bzw. des Landes läge. Dagegen hat sich der Bundesrat bereits mehrmals dahingehend geäußert, dass ein Armee-Einsatz zur Verstärkung der Grenzorgane erst als Ultima ratio in Frage kommt, d. h., wenn alle anderen Mittel nicht mehr greifen. Dies ist heute klar nicht der Fall. Im übrigen hat der Bundesrat im Hinblick auf eine intensivere Sicherheitszusammenarbeit in Europa am 27. Juni 1995 beschlossen, die rechtlichen und technischen Voraussetzungen für einen allfälligen Beitritt zum Schengener Abkommen und die sich daraus ergebenden Folgen für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der inneren Sicherheit für die Schweiz abklären zu lassen. Dabei geht es darum, längerfristige konzeptionelle Überlegungen über die Organisation der inneren Sicherheit und der Sicherheit im Grenzraum, unter besonderer Berücksichtigung des Grenzwachtkorps, anzustellen. Erklärung des Interpellanten: befriedigt Déclaration de l'interpellateur: satisfait #ST# 95.3212 Interpellation Gobet Illegale Tier- und Fleischimporte Importations illégales de viande et de bétail Wortlaut der Interpellation vom 6. Juni 1995 Wie kürzlich in der Presse zu lesen war, wurden in letzter Zeit bedeutende Mengen von Lebewieh und Fleisch illegal eingeführt. Angesichts dieser Vorkommnisse ersuche ich den Bundesrat um Antwort auf folgende Fragen: - Wie erklärt der Bundesrat eine solche Situation? - Wird er

eine Untersuchung über die Arbeitsweise der verschiedenen betroffenen Dienste (Zoll, Gesundheitsdienst in den Schlachthöfen) anordnen? - Welche Massnahmen werden ergriffen, um diese unhaltbare Situation zu beenden? - Können solche Massnahmen möglicherweise auch bis zum Entzug von Einfuhrbewilligungen und Handelspatenten für Händler gehen, die gegen die Gesetze verstossen? - Welche Gründe sprechen andernfalls gegen solche Massnahmen? - Welche Schritte gedenkt der Bund angesichts der erwähnten Mängel beim Zoll zu unternehmen, um die Einfuhrkontrollen nach der Tarifizierung im Zusammenhang mit den Gatt-Abkommen wirksam und glaubwürdig zu gewährleisten? - Erlauben im übrigen die bereits abgeschlossenen internationalen Abkommen (Gatt) und die noch abzuschliessenden internationalen Abkommen (bilaterale Verhandlungen mit der EU) eine Vereinheitlichung der Anforderungen an die Herkunftangaben und der gesetzlichen Regelung der Produktionsbedingungen von allen Arten von international gehandelten Lebensmitteln? Wenn ja, ist die Schweiz in der Lage, diesen Anforderungen nachzukommen und für die Schweizer Produzenten vergleichbare Rahmenbedingungen zu schaffen? Texte de l'interpellation du 6 juin 1995 Comme révélé récemment dans la presse, il y a eu d'importantes importations illégales de bétail sur pied et de quantités de viande. Devant ce fait, je demande au Conseil fédéral de répondre aux questions suivantes: - Comment le Conseil fédéral explique-t-il une telle situation? - Va-t-il ordonner une enquête sur le fonctionnement des divers services concernés (douanes, services sanitaires des abattoirs, etc.)? - Quelles mesures seront-elles prises pour corriger cette situation inadmissible? - Ces sanctions possibles peuvent-elles aller jusqu'au retrait des permis d'importation et des patentes de commerce pour les commerçants hors la loi? - Dans le cas contraire, qu'est-ce qui s'opposerait à de telles mesures? - D'autre part, étant donné les défaillances constatées dans les services douaniers, comment la Confédération envisage-t-elle d'assurer, de manière efficace et crédible, le contrôle des importations en vue de la tarification prévue par les Accords du Gatt? - De surcroît, les accords conclus (Gatt) et en cours de conclusion (négociations bilatérales avec l'UE) permettent-ils d'unifier les exigences en matière d'indications de provenance et de réglementation sur les conditions de production des denrées de toutes natures soumises aux échanges internationaux? Si oui, la Suisse est-elle en mesure d'y satisfaire et d'offrir les conditions-cadres comparables à ses producteurs? Mitunterzeichner- Cosignataires: Keine - Aucun

Schweizerisches Bundesarchiv, Digitale Amtsdrukschriften Archives fédérales suisses, Publications officielles numérisées Archivio federale svizzero, Pubblicazioni ufficiali digitali Interpellation Fritschi Oscar Tessiner Südgrenze und Drogenszene in Zürich Interpellation Fritschi Oscar Frontière sud du Tessin et scène de la drogue à Zurich In Amtliches Bulletin der Bundesversammlung Dans Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale In Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale Jahr 1995 Année Anno Band IV Volume Volume Session Herbstsession Session Session d'automne Sessione Sessione autunnale Rat Nationalrat Conseil Conseil national Consiglio Consiglio nazionale Sitzung 13 Séance Seduta Geschäftsnummer 95.3273 Numéro d'objet Numero dell'oggetto Datum 06.10.1995 - 08:00 Date Data Seite 2228-2229 Page Pagina Ref. No 20 026 215 Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung. Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale. Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.